

Unruhiger Winter in Uruguay

Die „zweite Halbzeit“ hat sich die Regierung Mujica sicher anders vorgestellt: Statt ruhigem Fahrwasser, konstanten Wachstumswahlen und regionaler Harmonie jagt ein innen- und außenpolitischer Konflikt den anderen und mehren sich die Zweifel an der politischen Managementfähigkeit der Regierung - ohne dass die Opposition davon (bisher) nennenswert profitieren kann.

Stimmungsbarometer

Die aktuelle Sonntagsfrage ergibt in Uruguay derzeit ein eindeutiges Bild: Die Regierung und der Präsident verlieren Zustimmung und verfügen derzeit über keine Mehrheit, die Opposition kann davon aber nicht profitieren. Der Präsident ist von seiner ursprünglichen (2010) Zustimmung von 66% inzwischen bei 49% (seine Regierung bei 40%) angelangt, bei einer Wahl würde das Regierungsbündnis *Frente Amplio* (FA) heute 37% (CIFRA) bzw. 41% (Factum) erreichen. Demgegenüber liegt die Zustimmung bei den Oppositionsparteien *Partido Nacional* aber auch nur bei 19% bzw. 20% und beim *Partido Colorado* bei 14% bzw. 15%, also selbst zusammengerechnet noch leicht unter den Werten des FA. Gestiegen sind lediglich die Werte für die Unentschlossenen bzw. Nichtwähler, keine wirklich positiv stimmende Tendenz.

Parteienlandschaft

Parteiintern hat die Vorstandswahl des *Frente Amplio* im Juni ein in zweierlei Hinsicht deutliches Ergebnis erzielt: Zum einen war die Wahlbeteiligung mit rund 170.000 Stimmen deutlich unter den Ergebnissen 2006 (-52.000) und auch klar unter der Marke der 200.000, die insgeheim

erhofft wurde. Damit wird eine gewisse Ermüdung oder gar ein passiver Protest innerhalb des FA offenkundig. Zum anderen konnte die neue Parteivorsitzende Monica Xavier vom moderaten Flügel des FA (zu dem Vizepräsident Astori ebenso zählt wie Expräsident Tabaré Vazquez) mit 42% gegenüber 23% des Zweitplatzierten ein ganz eindeutiges Ergebnis verbuchen und hat damit die Hoffnungen des MPP (Partizipative Volksbewegung - zu der auch Präsident Mujica gehört) oder auch der Kommunistischen Partei auf mehr Einfluss zunächst einmal gedämpft.

Inwieweit Präsident Mujica dieses Ergebnis antizipierte und demzufolge die Gelegenheit nutzte um unmittelbar vorher im Sinne eines internen Kräfteausgleichs den Sport- und Tourismusminister Hector Lezcano (der einzige christlich-demokratischen Minister und dem Astori - Lager politisch zuzuordnen) ohne fachliche Gründe (er galt als der Minister mit der besten Bewertung im gesamten Kabinett) zu entlassen, ist eine nicht ganz unzulässige Vermutung.

Auf Seiten der Oppositionsparteien ist mit Pedro Bordaberry beim *Partido Colorado* die Führungsfrage nach wie vor unstrittig.

Beim *Partido Nacional* hingegen wird inzwischen kräftig mit den (Kandidaten)Hufen gescharrt. Zwar ist es bis zur Präsidentschaftswahl 2014 noch lange hin, die Verzichtserklärung des Ex-Präsidenten Luis Alberto Lacalle auf eine weitere Kandidatur hat jedoch das Kandidatenkarussell kräftig in Schwung gebracht. Während auf der einen parteiinternen Seite (*Alianza Nacional*) Jorge Larrañaga der eindeutige Favorit ist (er erzielt derzeit parteiintern 50% der Präferenzen), laufen sich zur Zeit beim

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

HANS-HARTWIG BLOMEIER

15. August 2012

www.kas.de/uruguay

anderen Flügel (*Unidad Nacional*) gleich mehrere Kandidaten warm: Vom Parteivorsitzenden Senator Luis Alberto Heber über Senator Francisco Gallinal bis zu den Abgeordneten Juan Carlos Cardoso, Analía Piñeyrua und Luis Lacalle Pou reicht die Liste, zu der sich noch weitere wie Senator Sergio Abreu und andere gesellen. Hier neben Larrañaga einen eindeutigen parteiinternen Konkurrenten auszumachen, ist derzeit noch nicht möglich.

Ebenso haben die Überlegungen und Sondierungen begonnen, wie die Vormachtstellung des *Frente Amplio* gebrochen werden kann. Während ein Bündnis zwischen dem *Partido Colorado* und dem *Partido Nacional* auf nationaler Ebene für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2014 derzeit noch eher unwahrscheinlich (wenn auch mathematisch notwendig) erscheint, so ist dies für die Regionalwahlen 2015 und insbesondere für die Wahl in Montevideo ein durchaus denkbares und erfolgversprechendes Szenario.

Innenpolitische Konflikte

Zwei innenpolitische Themen bestimmten die politische Diskussion in den letzten Wochen: Zum einen die Pleite der nationalen Fluggesellschaft PLUNA und zum anderen das Projekt zur Legalisierung des Marihuanakonsums.

Letzteres war eingebettet in einem umfassenden 15-Punkte Programm zur Verbesserung der inneren Sicherheit, welches die Regierung Anfang Juli in einer wenig überzeugenden Aktion, mit sich widersprechenden Aussagen der betroffenen Minister der Öffentlichkeit vorstellte. Die anderen Punkte, so auch die Vorschläge für eine stärkere Regulierung der TV-Inhalte (unter dem Vorwand des Schutzes Minderjähriger) gingen in der z.T. schrillen Marihuana-Diskussion fast vollständig unter. Selbige war aber offenbar auch in Regierungskreisen noch nicht zu Ende gedacht, so dass die kontroversen Kommentare diverser Minister über das konkrete Handling (wer soll unter welchen Bedingungen legal produzieren dürfen, wie

soll die Kommerzialisierung erfolgen, wer kontrolliert, etc.) erst einmal dazu führten, dass das Gesetzespaket wieder eingezogen wurde (nachdem es allerdings schon zu einigen besorgten internationalen Kommentaren über diesen Alleingang Uruguays gekommen war), um dann im August wieder auf der legislativen Agenda zu erscheinen. Die inhaltliche Begründung, dass mit der Legalisierung der Marihuana die Gewaltbereitschaft im Kontext des „pasta base“ Konsums gesenkt werden könne, wird von Gesundheits- und Drogenexperten weitestgehend bestritten und vielmehr vor einer Verharmlosung des Marihuana-Konsums gewarnt. Die polemische und in diesem Sinne unverantwortliche Bemerkung des Präsidentschaftsministers, dass auch er Marihuana konsumiert und dabei „Frieden, Harmonie und Ruhe“ verspürt habe, war der fragwürdige Höhepunkt dieser Debatte.

Der zweite einschneidende Moment war die Insolvenz der Fluggesellschaft PLUNA. Pünktlich zum Winterferienbeginn stellte PLUNA den Flugbetrieb ein, mit gravierenden Konsequenzen für tausende von Passagieren, die die Flugziele in der Region bzw. entsprechende Anschlussflüge ohne irgendwelche Aussichten auf zumindest finanzielle Entschädigungen verpassten.

Vorausgegangen war ein jahrelanges Missmanagement der Fluggesellschaft, in deren Folge der uruguayische Staat als nur 25%tiger Anteilseigner einen Grossteil der Verluste über Bürgschaften stemmen musste und an deren Ende die Fluggesellschaft mit steigenden Verlusten und Schulden beim staatlichen Benzinmonopolist ANCAP ebenso in der Kreide stand wie bei zahlreichen anderen Zulieferern.

Alle kurzfristigen Versuche einen Käufer zu finden scheiterten an diesen Altlasten, so dass am Ende die Pleite und die Entlassung hunderter Mitarbeiter ebenso standen wie der Verlust von Flugverbindungen in die Region. Offen ist, ob andere Fluggesellschaften diese Strecken ebenso übernehmen wie die Flugzeuge und die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

HANS-HARTWIG BLOMEIER

15. August 2012

www.kas.de/uruguay

Mitarbeiter selbst. LAN-Chile hat bereits abgewunken, die argentinische SOL oder auch der Fahrbetreiber BuqueBus mit seiner Fluggesellschaft BQB scheinen dazu noch am ehesten bereit zu sein. Noch ist dies aber ein offener Prozess.

Zum winterlichen Wetter passt die angespannte Lage im Arbeitnehmersektor. Auch hier scheinen sich Regierung und Gewerkschaften (PIT-CNT) aus ihrer bisher praktizierten Gemeinsamkeit Stück für Stück zu lösen. Post, Lehrer und öffentlicher Transport sind die Bereiche, die derzeit durch vermehrte Streiktätigkeit auf sich aufmerksam machen, wenn auch mit einer uruguayischen Besonderheit: Ein angekündigter Generalstreik wurde zunächst mit Hinweis auf die Wetterprognose (Regen) verschoben. Ironie des Schicksals: Auch der meteorologische Dienst streikte, der Regen blieb aus und die Kundgebung fand 2 Wochen später bei strömenden Regen und geringerer Beteiligung statt.

Dies alles hat auch dazu geführt, dass die in Uruguay praktizierte relative Kooperation zwischen Regierung und Opposition einer deutlicheren Konfrontation weicht. Gehörte es bis dato zur Praxis, dass in den staatlichen Unternehmen und Organisationen jeweils auch Angehörige der Opposition vertreten waren, so machte der *Partido Colorado* im August den Anfang, indem er einen Grossteil seiner Vertreter (die zum Parteivorsitzenden Bordaberry gehörende Fraktion) zurückzog, um so eine deutlichere Oppositionslinie zur Regierung zu markieren. Auch einzelne Vertreter wie Senator Jorge Larrañaga vom *Partido Nacional*, der zu Beginn der Amtszeit Mujicas gerne seine Dialogfähigkeit mit dem Präsidenten Mate-trinkend telegen demonstrierte, ist inzwischen auf Abstand gegangen und machte seinem Unmut über die Nichteinhaltung der Vereinbarung zum gemeinsam noch im Februar 2012 beschlossenen Pakt zur Verbesserung der öffentlichen Bildung und Erziehung Luft.

Zu allem Überfluss und um die schlechte Stimmung noch weiter einzutrüben scheiterte auch die uruguayische

Fussballnationalmannschaft frühzeitig bei den Olympischen Spielen in London und machte damit die insgeheim gehegte Hoffnung auf eine Medaille und damit auf einen kräftigen Sonnenstrahl inmitten des uruguayischen Winters zunichte.

Außenpolitische Auseinandersetzungen

Das Verhältnis zwischen Argentinien und Uruguay war und ist von Spannungen geprägt, diese haben allerdings in den letzten Wochen Dimensionen angenommen, die die Belastungsfähigkeit v.a. auf uruguayischer Seite arg strapaziert hat. Mit beißender Ironie titulierte die Wochenzeitschrift „Caras & Caretas Anfang August: „Das ideale Paar: die Sadistin und der Masochist“ mit einer entsprechenden Fotomontage der Präsidentin Fernández de Kirchner und Präsident Mujica auf der Titelseite. Die Konflikte sind in der Sache nicht neu, die Präpotenz mit der diese von argentinischer Seite behandelt werden erreichen aber immer wieder neue Wendungen: Neben den diversen Handelsrestriktionen und den Versuchen von argentinischer Seite den eigenen Steuerflüchtlingen und Kapitalexporthen auch auf uruguayischem Boden Herr zu werden, spitzt sich die Debatte um die Vertiefung des Kanals Martin Garcia im Rio Uruguay weiter zu. Diese Vertiefung ist erforderlich, damit Handessschiffe mit größerer Tonnage die entsprechenden uruguayischen Häfen am Fluss anlaufen und dort v.a. Agrarprodukte verladen können.

Die gemeinsame Verwaltung des Flusssystemes (*Comisión Administradora del Río de la Plata – CARP*) stand im Kreuzfeuer der Kritik, nachdem der uruguayische Vorsitzende Francisco Bustillo mit dem Hinweis auf einen Korruptionsversuch von Seiten des Unternehmens Riovía an die Öffentlichkeit getreten war. Riovía hat derzeit die Konzession für die Ausbaggerung des Flussbettes inne, die nun zur Verlängerung ansteht. Argentinien verzögert seit Monaten den entsprechenden Vertragsabschluss, indem immer neue Informationen verlangt und Bedingungen gestellt werden und zwingt die Schiffe dadurch argentinische Häfen anzulaufen.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

HANS-HARTWIG BLOMEIER

15. August 2012

www.kas.de/uruguay

Dies Ankündigung Bustillos führte zu immer schärferen Kommuniqués beider Außenministerien im Verlauf derer Argentinien die Ausschreibung stoppte und massive Vorwürfe gegen Bustillo erhob.

Die uruguayische Regierung hat sich schließlich in ein selbstverordnetes Schweigen gehüllt und darauf verzichtet gegenüber Argentinien einen schärferen Ton und v.a. eine dezidierte Haltung einzunehmen, was von der Opposition und weiten Teilen der Öffentlichkeit als eine allzu unterwürfige Haltung und letztlich eine für Uruguay wenig vorteilhafte Position interpretiert wurde. Vergleiche zur Vorgängerregierung unter Tabaré Vazquez mehren sich, die sehr wohl konstatieren, dass dieser sich weit weniger von der K-Regierung auf argentinischer Seite manipulieren und bevormunden ließ. So ist es nicht verwunderlich, dass Tabaré Vazquez in seinem dritten Amtsjahr 2007 sogar leicht höhere Zustimmungsraten bei erheblich schlechterer Wirtschaftslage hatte als Mujica mit wesentlich besseren ökonomischen Eckdaten heute.

Dabei spielt ganz offensichtlich das persönliche Verhältnis zwischen Mujica und Fernández de Kirchner die entscheidende Rolle. Außenminister Almagro (Uruguay) hat in dieser Auseinandersetzung jegliche nationale und internationale Glaubwürdigkeit verloren (im Gegensatz zu seinem Amtskollegen Hector Timerman, der eindeutig das Vertrauen seiner Präsidentin genießt), die ja ohnehin schon im Verlauf der Paraguay-Krise und der Mercosur-Diskussion mehr als angekratzt war.

Galt Uruguay lange als moderater und streng auf die Form achtender Garant des Mercosur, so wirft die jüngste Entwicklung im Kontext der Paraguay-Krise doch deutliche Fragezeichen auf.

War die Suspendierung Paraguays vom Mercosur und UNASUR noch als unmittelbare Reaktion der Mitgliedsländer auf die Absetzung von Präsident Lugo durch den paraguayischen Kongress zu verstehen, so stellt die Aufnahme Venezuelas in den

Mercosur in diesem Kontext eine inhaltlich und formal neue Dimension dar.

Hatte man die Absetzung Lugos vor allem auf argentinischer und venezolanischer Seite noch in den schärfsten Tönen als „parlamentarischen Putsch“ und „unlauteres Verfahren“ kritisiert, im Rahmen dessen der Beschuldigte keine Chance auf eine rechtmäßige Verteidigung gehabt habe, so war man sich daraufhin nicht zu schade sich eines mindestens ebenso zweifelhaften Verfahrens zu bedienen, um Venezuela quasi durch die Hintertür in den Mercosur aufzunehmen. Die Anforderung der Einstimmigkeit zur Aufnahme neuer Mitglieder wurde durch den Ausschluss der Gegenstimme (der paraguayische Senat hatte die von der Lugo-Regierung beschlossene Aufnahme Venezuelas bisher nicht ratifiziert) ohne weitere Skrupel ausgehebelt.

Mujica kommentierte dies mit der ihm eigenen Offenheit, indem er sagte, dass dies kein juristischer, sondern ein politischer Prozess sei, ohne zu berücksichtigen, dass der paraguayische Senat (demokratisch gewählt) weiter ununterbrochen im Amt ist. Ein Verfahren, welches von juristischen Fachleuten wie z.B. der Rechtsfakultät der Universidad de la República in Montevideo als äußerst zweifelhaft, unrechtmäßig und mit den Normen des Mercosur unvereinbar qualifiziert wurde.

Aus uruguayischer Sicht ist anzumerken, dass sich Außenminister Almagro vor der entsprechenden Sitzung in Mendoza (Argentinien) noch damit gebrüstet hatte, dass der Ausschluss Paraguays mitnichten zu einer Aufnahme Venezuelas führen werde, eine Position die in einem 6-Augen-Gespräch der Präsidentinnen Rousseff und Fernández de Kirchner mit ihrem Amtskollegen Mujica offensichtlich gekippt wurde. Außenminister Almagro wurde so von seinem eigenen Präsidenten düpiert, was allerdings nicht seinen von der Opposition geforderten Rücktritt zur Folge hatte (die parteiinterne Disziplin des *Frente Amplio* verhinderte dies). Ein weiterer signifikanter Hinweis wie tief die Diskrepanzen darüber auch innerhalb des

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

URUGUAY

HANS-HARTWIG BLOMEIER

15. August 2012

www.kas.de/uruguay

Frente Amplio waren, ist der Bemerkung des uruguayischen Vizepräsidenten Danilo Astori zu entnehmen, der diese Aufnahme Venezuelas als „die vermutlich tiefste institutionelle Wunde des Mercosur seit seiner Gründung“ bezeichnete und damit in offenem Widerspruch zu Präsident Mujica stand.

Der Mercosur nimmt nun offensichtlich eine immer deutlicher (partei)politisch gefärbte Gestalt an, was die Assoziierungsverhandlungen mit der EU noch einmal erschweren, wenn nicht gar unmöglich machen werden (allein schon, wenn man an die Position Venezuelas bezüglich der Menschenrechtsklauseln denkt).

Ob und inwieweit der Beitritt Venezuelas wirtschaftlich und/oder politisch überhaupt Sinn macht, steht noch auf einem anderen Blatt. Eine gewisse wirtschaftliche Komplementarität ist unstrittig (Erdöllieferant einerseits, Nahrungsmittelimporteur andererseits), politisch stellt dies aber auf Grund der polarisierenden Wirkung Venezuelas ohne Frage eine Komplikation dar. Wer bei diesem Beitritt letztlich profitiert und welche Kompensationen hinter verschlossener Tür ausgehandelt wurden ist unklar. Hugo Chávez jedenfalls kommt diesen Überraschungscoup inmitten des eigenen Wahlkampfes in Venezuela natürlich sehr gelegen. Für Uruguay wird die Situation nicht einfacher. Zu den großen und eigenmächtigen Nachbarn gesellt sich nun noch Venezuela, welches mindestens ebenso groß und vor allem eigenmächtig agieren wird. Dass in diesem Szenario Alternativen notwendig sind und auch gesucht werden müssen ist klar. Die Nachricht, dass Uruguay bereits um einen Beobachterstatus in der „Pazifikallianz“ (Mexiko, Kolumbien, Peru, Chile) ersucht hat, ist ein erstes interessantes Signal in diesem Kontext.

Auffallend ist, dass Uruguay dem offensichtlichen Drängen der großen Nachbarn nachgegeben hat, ohne das erkennbar ist, was als Gegenleistung dafür erreicht wurde, insbesondere wenn man die permanenten Schikanen Argentiniens

berücksichtigt. „Die Ideologisierung des Präsidenten“ fasste ein Leitartikel der Tageszeitung *El País* in Montevideo diese Entwicklung zusammen und beschrieb damit zutreffend diesen Sinneswandel des bisher zwar kauzigen aber pragmatischen Präsidenten Mujica.

Damit lehnt er sich offenbar immer stärker trotz konstanter politischer Misshandlung an Fernández de Kirchner (und Chávez) an und entfernt sich auch immer stärker von seinem Vorgänger und Parteifreund Tabaré Vazquez, der 2014 wieder antreten könnte.

Zu diesem Trend passt eine (bedauerliche) Episode im Parlament: Nach dem tragischen Tod des kubanischen Oppositionellen Oswaldo Payá hatte die Fraktion des *Partido Nacional* eine kurze Ehrung in der Abgeordnetenversammlung auf die Tagesordnung setzen lassen. Mit der Mehrheit der Abgeordneten der regierenden *Frente Amplio* wurde kurz vor Erreichen dieses Tagesordnungspunktes die Sitzung aufgehoben und somit die Ehrung verhindert.



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Hauptabteilung
Europäische und Internationale
Zusammenarbeit

KAS-Uruguay
Plaza Cagancha 1356 of. 804
11100 Montevideo
Uruguay

Telefon
(00598) 2902 0943

Fax
(00598) 2908 6781

Mail
hans.blomeier@kas.de